

DER MALER

ZEITSCHRIFT DES VERBANDES DER MALER, LACKIERER, ANSTREICHER
TÜNCHER U. WEISSBINDER DEUTSCHLANDS

HAMBURG 14. JANUAR 1933

ERSCHEINT SONNABENDS · BEZUGSPREIS VIERTELJ. 3 RM., UNTER KREUZBAND 4 RM.,
POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 115 99, VERMÖGENSVERWALTUNG DES VERBANDES

SCHRIFTFÜHRUNG: PETER MEHREND · VERLAG: LOUIS RINGEL, HAMBURG 56, ALSTER-TERRASSE 10 · FERNRUF 44 2886 · REDAKTIONSSCHLUSS: SONNABENDS 14 UHR

1932 das Jahr der Enttäuschungen

Man mag das Jahr 1932 betrachten, wie man will, vom Standpunkte des Arbeiters aus gesehen hat man alle Ursache, damit höchst unzufrieden zu sein. Nichts ist von den Hoffnungen, die, wie bei Beginn jedes Jahres, auch am Anfang des Jahres 1932 gehegt wurden, in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil brachte das hinter uns liegende Jahr der Arbeiterschaft das Unangenehme des Jahres 1931 in stark vergrößertem Maßstabe. So ist die Weltkrise, deren Ueberwindung oder zum mindesten Abflauen schon 1931 sehnlichst herbeigewünscht wurde, weil darunter die Völker, besonders aber die Arbeitnehmer, schwer zu leiden haben, nicht abgeebbt, sondern hat mindestens in der ersten Hälfte des verflossenen Jahres eine weitere Steigerung erfahren. Wenn sich auch dann in einigen Ländern eine zaghaft in die Erscheinung tretende Besserung zeigte, so hat sich die Gesamtsituation, weltwirtschaftlich gesehen, doch noch keineswegs gebessert. Die Zahl der Arbeitslosen in der Welt wird immer noch auf etwa 30 Millionen geschätzt, mit ihren Angehörigen sind es

mindestens 100 Millionen,

die nun schon teils seit Monaten und Jahren unter den schwierigsten, oft menschenunwürdigen Verhältnissen ihr Leben fristen. Auch in Deutschland haben sich die Verhältnisse kaum gebessert. Nur in einigen Industrien zeigte sich in den Monaten Juni bis Dezember eine geringe Produktionssteigerung. Im Frühjahr 1932 überschritt die Zahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern zum ersten Male die Sechsmillionen-Grenze, im Sommer schwankte sie zwischen 5¼ und 5½ Millionen und stand damit um ½ bis 1 Million über dem Stand des Jahres 1931. In Wirklichkeit war die Zahl der Arbeitslosen aber noch erheblich größer, weil ein Teil der Arbeitslosen wegen der völligen Aussichtslosigkeit der Vermittlung nicht mehr zum Stempel ging. Das trifft auch auf die jetzigen Verhältnisse zu.

Nur die sich aus der Trostlosigkeit der Wirtschaftslage ergebende Verzweiflungstimmung breiter Volksmassen gibt eine Erklärung für die anormale politische Entwicklung in Deutschland im Jahre 1932. Besonders das politisch unaufgeklärte Bürgertum war es, das sich von der Phrasologie eines Hitler einfangen ließ und diesem politischen Scharlatan in hellen Scharen zuströmte. Es ist der völligen politischen Instinktslosigkeit des Bürgertums zuzuschreiben, wenn die Nationalsozialisten in Deutschland die weitaus stärkste Partei werden konnten. Das Versagen der Nazi-Führer bei den verschiedensten Gelegenheiten und die unermüdliche Aufklärungsarbeit der in der „Eisernen Front“ zusammengeschlossenen Organisationen haben dann bewirkt, daß die Reichstagswahl am 6. November der Nazi-Bewegung den

ersten großen Rückschlag brachte, von dem sie sich nicht mehr

erholen dürfte. Damit ist die Hoffnung der Nationalsozialisten auf alleinige Machtübernahme endgültig gescheitert. Die letzten Wochen zeigen deutlich den Krebsgang dieser Partei, der noch durch die innere Zerrissenheit und den Kampf der Führer untereinander beschleunigt wird.

1932 war ein Wahljahr ersten Ranges. Der Wahl des Reichspräsidenten, zu der zwei Wahlgänge notwendig waren, folgten Wahlen in den größten Ländern, darunter Preußen, Bayern und Württemberg. Zwei weitere Reichstagswahlen folgten. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften davon nicht unberührt blieben und sie besonders in ihren Verbandsorganen zu der jeweiligen politischen Situation Stellung nehmen mußten. Diese ist auf den Ausgang der Wahlen sicher nicht ohne Einfluß geblieben.

Trotzdem war es der organisierten Arbeiterschaft nicht möglich, dem Vordringen der Reaktion Einhalt zu gebieten. So folgte im Reich die für die Arbeiterschaft schon nicht idealen Kabinett Brüning, das aber immer noch nach parlamentarischen Grundsätzen regieren konnte, welches am 30. Mai gestürzt wurde, die autoritäre Präsidialregierung unter von Papens Führung, des Ritters ohne Furcht und Tadel, wie ihn der jetzige Reichskanzler von Schleicher in einem Rundfunkvortrag nannte. Unter seiner „glorreichen“ Regierung, die sich nur auf die Deutschenationalen im Reichstage stützen konnte, erfolgte ein ungeheurer

Abbau der Sozialpolitik

und damit ein unerträgliches Herabdrücken der Lebenslage breiter Volksmassen. Er, der wegwerfend von der Wohlfahrtsanstalt sprach, zu der frühere Regierungen Deutschland gemacht hätten, hat durch rigorose Notverordnungen die Not ins Gigantische gesteigert. Von der Arbeitslosenversicherung blieb nur ein kümmerlicher Rest, Gehälter und Löhne wurden zwangsweise reduziert, arbeitsrechtliche Gesetze wurden durchlöchert, ja, auch vor Verfassungsverletzungen schreckte von Papen nicht zurück, wie sein Vorgehen gegen die Preußen-Regierung unter den Sozialdemokraten Otto Braun als Ministerpräsidenten und Severing als Innenminister bewies. Aber allzu scharf macht scharf. Das mußte auch von Papen erfahren, und so erlitt er, der großspurig erklärt hatte, vier Jahre regieren zu wollen, bei der Reichstagswahl am 6. November eine so entscheidende Niederlage, daß er zum Rücktritt gezwungen war. Das Freiherrn- und Baronskabinett, hinter dem nur geschlossenen der „Herrenklub“ stand, demissionierte.

Was folgte, ist noch in aller Erinnerung. Nachdem eine Einigung der Parteien im Reichstag nicht möglich war, also eine parlamentarische Regierung nicht zustande kam, wurde der bisherige Reichswehrminister von Schleicher Reichskanzler.

Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen auch dem neuen Kabinett eingereicht. Gegenwartsforderungen, deren

sofortige Durchführung

sie erwarten. Es ist für die Gewerkschaften heiligste Pflicht, ihre ganze Kraft und ihren Einfluß aufzubieten, um die Not der Arbeiter zu mindern, wozu in erster Linie ihr Wiedereintritt in den Produktionsprozeß erforderlich ist. Darum das Stattfinden des Krisenkongresses am 13. April 1932, von dem ein Schrei nach Arbeitsbeschaffung ausging. Die Gewerkschaften sind sich aber darüber einig, daß eine endgültige Ueberwindung der Krise nur möglich ist, wenn endlich an eine sinnvolle sozialistische Gestaltung der Wirtschaft herangegangen wird.

Eine notwendige Forderung

Es ist leider mehr und mehr zur Regel geworden, daß die noch anstehenden Malerarbeiten nur von Arbeitgebern mit ihren Lehrlingen ausgeführt werden. Bei größeren Aufträgen helfen sich die Meister gegenseitig mit ihren Lehrlingen aus. Nicht selten geht auch der Meister selbst mit zu seinem Konkurrenten, da er keine Aufträge hat. Um zu erreichen, daß wenigstens bei Behördenaufträgen Gehilfen beschäftigt werden müssen, hat der Verbandsvorstand an die in Betracht kommenden Stellen folgende Eingabe versandt:

Datum des Poststempels.

An die Reichs- und Landesbehörden, die Stadtverwaltungen und die Direktionen der Reichsbahn und der Reichspost

Betrifft: Beschäftigung von Gehilfen bei Behördenaufträgen für das Malergewerbe

Der unterzeichnete Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands wendet sich an die verehrlichen Behörden mit dem dringenden Ersuchen, bei Vergebung von Aufträgen für das Maler-, Tüncher- und Lackierergewerbe die Beschäftigung von Gehilfen zur Bedingung zu machen beziehungsweise diejenigen Betriebe zu bevorzugen, die Gehilfen beschäftigen. Das gleiche bitten wir zu veranlassen bei Aufträgen, die teilweise oder ausschließlich mit öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Begründung

Die Arbeitslosigkeit der Gehilfenschaft im Malergewerbe nimmt immer bedrohlicheren Umfang an. Sie betrug im Jahresdurchschnitt:

1928 16,9 % 1930 47,4 %
1929 27,6 % 1931 70,7 %

In den Monaten Januar bis November des Jahres 1932 waren von den Gehilfen arbeitslos:

Januar 89,7 % Juni 79,0 %
Februar ... 89,1 % Juli 79,0 %

März 83,8 % August ... 81,0 %
April 77,9 % September 80,6 %

Mai 76,8 % Oktober .. 81,9 %
November 85,1 %

Das einzig Erfreuliche, was sich im Jahre 1932 zeigte, war das treue Zusammenstehen all jener Kräfte, die für einen demokratischen Aufbau des republikanischen Staates sind, als die Gefahr einer faschistischen Diktatur in Deutschland in greifbare Nähe rückte. Unbestritten haben auch die Experimente von Papens mit zu einer Klärung der Geister über den möglichen Weg zur wirtschaftlichen Gesundung beigetragen. Immer größer wird die Zahl derer, die an einer Ueberwindung der Krise nur mit liberalistisch-kapitalistischen Mitteln zweifeln. Die gesamte Arbeiterschaft muß aus dem Krisenjahr 1932 die richtige Lehre ziehen und in diesem Jahre vor allem die Gewerkschaften als die Wegbereiter für eine bessere Zukunft stärken und damit zur restlosen Interessenvertretung der Arbeiterschaft befähigen. Daran muß auch jeder Kollege nach besten Kräften eifrig mitarbeiten.

Die wesentliche Ursache für diese große Arbeitslosigkeit ist in der allgemeinen Wirtschaftslage zu suchen, nicht zuletzt aber in der Uebersetzung unseres Berufes. Die Zahl der Lehrlinge, Gehilfen und Meister ist heute so groß, daß selbst bei besserer Wirtschaftslage ein großer Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden sein wird. Betriebe, die Gehilfen beschäftigen, sind in vielen Orten, insbesondere in den Mittel- und Kleinstädten, heute schon eine Seltenheit, und in den Großstädten wird es bald ebenso sein. Eine Erhebung unseres Verbandes im Juli dieses Jahres erbrachte folgendes Ergebnis:

Erfast wurden... 7134 Orte
mit 122 067 Arbeitnehmern.
Von letzteren
waren .. 28 676 Lehrlinge.

Von den 42 747 erfaßten Betrieben beschäftigten 20 056 = 46,9 % weder Gehilfen noch Lehrlinge. 12 716 = 29,8 % beschäftigten nur Lehrlinge und in den restlichen 9 975 = 23,3 % der Betriebe waren insgesamt nur 19 155 Gehilfen beschäftigt.

Noch nicht einmal ein Viertel der erfaßten Betriebe beschäftigte somit im Juli dieses Jahres Gehilfen. Dabei haben wir nur die Groß- und Mittelstädte restlos, von den Kleinstädten aber nur einen Teil erfaßt. In letzteren und auf dem platten Lande werden Gehilfen fast gar nicht beschäftigt.

Die große Arbeitslosigkeit unter der Gehilfenschaft ist daher verständlich. Sie müßte aber nicht so groß sein, wenn bei der Vergebung von Aufträgen Betriebe berücksichtigt würden, die Gehilfen beschäftigen. Von allen bisherigen Maßnahmen der Regierungen und anderer Behörden, die zur Vergebung von Aufträgen für das Malergewerbe geführt haben, hat die Gehilfenschaft nichts verspürt. Das gilt insbesondere auch hinsichtlich der wiederholten Zuwendungen an die Hausbesitzer. Auch die Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten vom 4. und 5. September 1932 haben nicht bewirkt

können, daß Gehilfen in größerer Zahl eingestellt wurden. Wir wollen nicht bestreiten, daß die Verordnungen zu Aufträgen für das Malergewerbe geführt haben. Den Vorteil davon hatten aber fast ausschließlich die Alleinmeister; eine Entlastung des Arbeitsmarktes wurde für unser Gewerbe damit nicht erreicht. Die vorher aufgeführten Zahlen beweisen das.

Wir sind die letzten, die den Meistern, die keine Gehilfen beschäftigen, die Aufträge der Behörden nicht gönnen. Auch wir wissen, daß bei diesen oft große Not vorhanden ist. Es ist aber ungerecht und wirkt aufreizend, wenn der oft noch größeren Not der Gehilfenschaft in keiner Weise Rechnung getragen wird. Zehntausende von braven und fleißigen Gehilfen sind seit Jahr und Tag ohne jede Arbeit. Ihre Not schreit zum Himmel. Die ihnen gewährten Unterstützungen reichen nicht einmal mehr zum Notwendigsten. Der Hunger ist ihr täglicher Gast. Wir halten es daher für unsere Pflicht, die Behörden zu ersuchen, bei Vergebung von Aufträgen der Gehilfenschaft zu gedenken. Die Auftraggeber haben bestimmt keinen Schaden davon, wenn sie vorwiegend Betriebe mit Gehilfen berücksichtigen beziehungsweise die Beschäftigung von Gehilfen zur Bedingung machen. Nach übereinstimmenden Berichten aus unserem Verbandsgebiet werden die Arbeiten durch die Alleinmeister meist nur mit Lehrlingen bei übergroßer Arbeitszeit ausgeführt. Es

sind viele Fälle bekannt geworden, wo Lehrlinge von andern Betrieben ausgeliehen wurden, nur um Gehilfenlöhne zu sparen. Daß darunter die Qualität der Arbeit leiden muß, weiß jeder Fachmann. Der Betrieb, der Gehilfen beschäftigt, bietet jedenfalls bessere Gewähr für werkgerechte Arbeit, als der Alleinbetrieb. Auch darüber besteht in Fachkreisen kein Zweifel.

Zum Schluß gestatten wir uns noch zu bemerken, daß der Gehilfe, wenn er in Arbeit steht, weit mehr an Steuern zu leisten hat, als der Alleinmeister. Hinzu kommen die Abgaben für die Sozialversicherung. Der Gehilfe hat daher, auch von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ein Anrecht darauf, bei den Behördenaufträgen beschäftigt zu werden.

Wir ersuchen, künftig im Sinne unserer Bitte zu verfahren, indem die Beschäftigung von Gehilfen bei Vergebung von Aufträgen zur Bedingung gemacht und diese Maßnahme auf Fälle ausgedehnt wird, wo Aufträge für das Malergewerbe, sei es zum Teil oder ausschließlich, unter Verwendung von öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

**Der Vorstand des Verbandes
der Maler, Lackierer, Anstreicher,
Tüncher und Weißbinder Deutsch-
lands,**

Hamburg 36, Alster-Terrasse 10.

Hans Bätz, Vorsitzender.

Geringschätzung nicht erkämpfter Erfolge

Es besteht kein Zweifel darüber, daß im proletarischen Befreiungskampf Erfolge, die nicht das Resultat harten Bemühens waren, als gering eingeschätzt werden. Das haben wir in der Nachkriegszeit sehr oft erleben müssen. Während man im gewerkschaftlichen Kampf vor dem Kriege über jeden kleinen Erfolg hoch erfreut und dafür seiner Organisation dankbar war, wurden große Errungenschaften durch den Umsturz 1918 und nachher von breiten Schichten der Arbeiterschaft mit einer wegwerfenden Miene entgegengenommen. Aus dieser Einstellung heraus sind die Verluste in der Arbeiterbewegung hauptsächlich zu beklagen. In der Wochenschrift „Das freie Wort“ macht ein Arbeiter aus einer Kleinstadt hierauf mit treffenden Worten folgendermaßen aufmerksam:

„Es scheint manchmal so, als seien der deutschen Arbeiterklasse viele Errungenschaften der Revolution zu leicht zugefallen. Was in der Revolution und

in der Republik an politischen und wirtschaftlichen Rechten dem Arbeiter zufiel, war nicht in genügend hartem Kampf errungen. Tarife wurden in den Verhandlungszimmern abgeschlossen. Wo früher Tausende unter ungeheuren Entbehrungen streiken und kämpfen mußten, kämpften in den Nachkriegsjahren einige Sekretäre unter Berufung auf die Masse. In den Verhandlungszimmern und Amtsstuben ist gewiß nicht weniger schwer gerungen worden als vor dem Kriege; nur die große Masse hatte damit direkt nichts zu tun. In Streitfragen entschieden die staatlichen Schlichter, und das gewiß nicht immer zuungunsten der Arbeitnehmer, wie die Kommunisten in ihrem blindwütigen Haß gegen das Schlichtungswesen — jetzt auf einmal verteidigen sie es! — es hinstellen. Beispiellos war das Eingreifen Severings im Ruhrkampf; nie zuvor in der Weltgeschichte waren kämpfende Arbeiter mit Staatsmitteln unterstützt worden. Das war einmal ein klassischer Beweis dafür, was in einer bürgerlich-demokratischen Republik ein einzelner Mann leisten kann, hinter dem die Masse steht.“

Modernes Mosaik

Stoppuhr und Lektüre

In amerikanischen Zeitschriften kann man einen Hinweis finden, der typisch für die amerikanische Denkart ist. Ein Artikel zum Beispiel, der sich mit den Verhältnissen in Rumänien befaßt, trägt unter der Überschrift den nüchternen Vermerk: „Readingtime (Lesezeit) 17 minutes, 42 seconds.“

Time is money! Wir wissen es schon lange. Die Amerikaner lehrten es uns. Nun bringen sie uns wieder etwas „Modernes“, etwas „Notwendiges“. Sie verbinden Stoppuhr und Lektüre. Genau und aufs I-Tüpfelchen wird die Lesezeit ausgerechnet, nicht nur nach Minuten, sogar auf Sekunden! Genau? Auf's I-Tüpfelchen? Muß man nicht zweifeln? Welche schwierigen Fragen sind doch da zu lösen, wenn man nur eine Minute (über die Minuten) nachdenkt!

Für wen gilt diese „normierte“ Lesezeit? Natürlich für die Leser, zu deren Erleichterung sie geschaffen; aber es gibt langsame und schnelle Leser. Darum ist die amerikanische „Erfindung“ epochal! Sie hat den „Normal-Leser“ gefunden! Den Mann, der nicht zu schnell und nicht zu langsam liest. Der Lektüre mit der Stoppuhr in der Hand betreibt, der sich sozusagen als

der Prototyp des „Durchschnittslesers“ (was die Geschwindigkeit anlangt) ausgibt: den taylorisierten Leser.

Diesem Leser werden sich sowohl die übrigen Leser als auch die Herren Dichter und Journalisten anpassen müssen. Was die Dichter anlangt, so haben sie ja die ersten Schritte getan. Sie haben die Kurzgeschichte geschaffen, die in Amerika besonders beliebt und begehrt ist. Jetzt werden sie einen weiteren Schritt tun müssen: sie müssen diese Kurzgeschichten (und ebenso die Journalisten ihre Artikel) „genormt“ schreiben. So schreiben, daß sie gerade für die üblichen Zwischenzeiten passen: für die Fahrt in der Stadtbahn, Straßenbahn, der U-Bahn. Als „Durchschnittsleser“ weiß man dann, wie lange man zu fahren hat, und sucht sich ein entsprechend taylorisiertes Lesestück aus. Aber wehe, wenn man zu langsam ist: dann ist man am Ziel, ehe das obligate Liebespaar am Ziel und die Geschichte zu Ende ist . . .

Deutschland — das Land der Verordnungen

Wie gründlich, wie peinlich gründlich wir in Deutschland sind, wie sehr wir alles, aber auch alles durch Gesetze und Verordnungen zu regeln suchen, beweist ein Blick auf die Verordnungs- und Gesetzgebungsmaschine. Innerhalb

Schnelle Arbeits- beschaffung tut not

Der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand erwachsen besondere Schwierigkeiten durch die lange Dauer, die im allgemeinen zur Vorbereitung dieser Arbeiten erforderlich ist. Ehe die Pläne fertig und die Vorarbeiten für ihre Durchführung beendet sind, verstreicht gewöhnlich viel Zeit, was nicht nur an der Schwerfälligkeit des bürokratischen Apparats, sondern auch in der Natur der auszuführenden Arbeiten liegt. Die meisten dieser Arbeiten können zudem in der Winterzeit nicht vorgenommen werden. Bezeichnend für diese Verhältnisse ist, daß Kredite, die zwecks Arbeitsbeschaffung noch unter der Brüning-Regierung bewilligt waren, heute noch nicht ganz erschöpft sind. Daher ist sowohl bei den Entschlüssen, in welchem Umfang die Arbeitsbeschaffung durchgeführt werden soll, wie bei der Vorbereitung der Durchführung

**größtmögliche Beschleunigung
geboten.**

Gestritten wird darüber, welche Gegenstände sich für die öffentliche Arbeitsbeschaffung am meisten eignen. In der liberalen Presse, die von ihrer Grundauffassung her stets von privatwirtschaftlichen Rentabilitätserwägungen ausgeht, wird die Ansicht vertreten, daß öffentliche Arbeiten, die wirtschaftlich nicht rentabel sind, nicht vorgenommen werden dürfen. Die Vornahme solcher Arbeiten, so heißt es bei ihnen, wäre dasselbe, als wenn man sich entschließen würde, Pyramiden zu bauen. Diese Einwände gehen unseres Erachtens an den Fragen, die hier in Rede stehen, vorbei. Man will nicht deshalb Arbeiten beschaffen, um Objekte herzustellen, die gleich oder bald einen Ertrag abwerfen. Das Ziel ist ein ganz anderes, nämlich das der Wirtschaftsanhebung. Die öffentlichen Arbeiten sollen neues Lohn Einkommen schaffen, damit die Massenkaukraft erhöht und auf diesem Wege die bessere Ausnutzung der bestehenden Produktionsanlagen ermöglicht wird. Somit sind dabei auch andere Gesichtspunkte maßgebend als die der Rentabilität.

Zwei schwere Fragen sind bei dieser Arbeitsbeschaffung zu lösen. Die eine besteht darin, daß einmal solche Arbeiten durchgeführt werden, durch die viele Arbeiter Beschäftigung finden, damit die Zahl der Arbeitslosen rasch ab und die

Massenkaukraft schnell zunimmt. Der andere Teil des Problems besteht darin, daß, um eine Inflation zu vermeiden, die Kosten der Arbeitsbe-

schaffung herabgedrückt werden, und zwar dadurch, daß Arbeiten zur Durchführung gelangen, die verhältnismäßig wenig Materialkosten verursachen und die zudem stets gestoppt werden können, wenn das Ziel der Ingangbringung der Wirtschaft erreicht wurde oder wenn durch die Vermehrung der Geldmenge wirkliche Inflation Gefahr droht. Hebt man die Massenkaukraft, so werden dadurch Produktionen gefördert, in denen Erzeugung und Absatz rasch erfolgen, so daß dabei, da die verausgabten Lohnsummen rasch zurückfließen, eine Inflation Gefahr nicht besteht. Demgegenüber ist die Errichtung von Arbeiten mit langer Umschlagdauer — ob sie rentabel sind oder nicht, macht da wenig Unterschied aus — mit Inflation Gefahr verbunden, weshalb bei der Auswahl der Arbeiten dieses Moment berücksichtigt werden muß. Doch haben, wie gesagt, diese Erwägungen mit der Rentabilität der im Rahmen der Arbeitsbeschaffung auszuführenden Arbeiten wenig zu tun.

Arbeitseinkommen und Mieten

Die Arbeiterschaft mußte schon immer einen verhältnismäßig großen Teil ihres Einkommens für Mieten aufwenden. Unentgeltlich wäre der Zustand in der Nachkriegszeit geworden, wenn nicht durch besondere Gesetze für einen Schutz der Mieter gesorgt worden wäre. Solange von den Sozialdemokraten beeinflusste Regierungen am Ruder waren, wurde den Interessen der Mieter so weit als möglich entsprochen, den folgenden rechtsgerichteten Regierungen aber lag vor allem daran, die Hausbesitzer zu befriedigen.

Besonders prekär ist die Lage der Mieter geworden, seitdem auf der ganzen Linie ein erheblicher Lohnabbau durchgeführt wurde, ganz abgesehen davon, daß viele mit ihren kargen Unterstützungen auskommen müssen. Vor allem sind es die Mieten in den in der Nachkriegszeit erstellten Wohnhausbauten, die als unerträglich hoch bezeichnet werden müssen.

Es ist deshalb sehr verständlich, wenn die Mietervereine die politischen Parteien auffordern, für eine Verbilligung der Wohnungsmieten zu sorgen und sich auch selbst an die Regierungen wenden, um eine Erleichterung der Lage für die Mieter zu erreichen. Ganz schlimm würde es, wenn die Mieterschutzgesetze am 1. April aufgehoben würden, wie es die 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vorsieht. Dies allerdings unter der Voraussetzung, daß bis dahin ein neues Gesetz, das ein soziales Miets- und Wohnrecht

zwölf Jahren hat allein das „Reichsgesetzblatt“ rund 20 000 neue gesetzgeberische Maßnahmen veröffentlicht. Dazu kommen die der Länder und die statutarischen Regelungen der Gemeinden und Gemeindeverbände. Nimmt es dabei wunder, wenn — nach einer Angabe des Reichsministers a. D. Dr. Schiffer — in Deutschland zur Zeit rund eine Million Polizeiverordnungen in Kraft sind?

Deutschland, das Land der Verordnungen! Was in Deutschland nicht verordnet ist, geschieht nicht oder wird nicht unterlassen. „Deutschland, Deutschland über alles“ — wenigstens, was Verordnungen angeht.

Die Reisebekanntschaft

Man lernte sich im Schnellzug kennen. Sie war ein hübsches Bauernmädchen, das nach Freiburg zu Besuch wollte. Er fuhr auch dorthin und stellte sich als Ingenieur vor. Bald war man gut miteinander bekannt, und in Freiburg zeigte ihr der Herr Ingenieur alle städtischen Besonderheiten, unter anderm auch den Schloßberg, von wo man erst in sehr vorgerückter Stunde zurückkam und sich trennte.

Wenige Wochen später stellte das Mädchen fest, daß die Freiburger Stunden sich unangenehm bemerkbar

machten. Also: Nachforschungen. Der Name des betreffenden „Ingenieurs“ existierte aber gar nicht in der angegebenen Stadt. Die Behörden fanden auch keinen Grund zum Einschreiten. Da wandte sich die werdende Mutter an einen Detektiv, der mit ihr das ganze Abenteuer gründlich durchsprach. Ergebnis: das Mädchen besann sich, daß ihr Begleiter am Bertoldsbrunnen in Freiburg einen Schufu freundlich angesprochen und ihn an einen gemeinsamen Ferienaufenthalt erinnert habe. Dieser Schufu wurde ermittelt. Er erinnerte sich an das Zusammentreffen und den Namen des Bekannten, der nun von dem Detektiv gestellt wurde.

Der angebliche „Ingenieur“ war ein verheirateter kleiner Angestellter, Vater von fünf Kindern, lebte in sehr bescheidenen Verhältnissen und war jetzt stellenlos. Soll man sagen „Glück im Unglück“? Als der Detektiv zu seiner Auftraggeberin zurückkam, um ihr seine Erfolge mitzuteilen, sah er schon im Folgefluß der Wohnung einen kleinen Kindersarg stehen. Das Kind war gestorben, die Mutter lag krank zu Bett. So endete das Abenteuer für den „Ingenieur“ damit, daß er sich verpflichtete, die entstandenen Kosten von etwa 300 M. in drei Jahresraten zu zahlen.

Kurt Hirche

schaft, verabschiedet ist. Da diese Voraussetzung nicht erfüllt sein wird, müssen auch die Mieterschutzgesetze bestehen bleiben. Darüber hinaus aber muß gefordert werden, daß die Regierung Wege beschreitet, um die unerträglich hohen Mieten zu senken, wozu vor allem auch eine Herabsetzung der Hypothekenzinsen beitragen könnte.

Drei Neuheiten für das Malerhandwerk

Von Dr.-Ing. Waldemar Hahn, Regierungsbaumeister in Dresden
Nachdruck, auch auszugsweise, verboten (Schluß)

Unter völlig andern Gesichtspunkten ist die Kaltparaffintechnik mit Enkaustin geschaffen, die ebenfalls auf der Leipziger Messe vertreten war. Letztere trägt natürlich auch dem Verlangen Rechnung, einen wasser- und wetterfesten wie gut abwaschbaren Anstrich zu schaffen, dient aber als unsichtbare Fixierung des farbigen Anstriches an sich. Man hat sich damit zur Aufgabe gestellt, Fassaden gegen Schlagregen zu schützen und Innenanstriche mit Kalk-, Leim- oder Mineralfarbenbehandlung waschfest zu machen sowie Rost und Korrosionen zu verhindern. Die Behandlung beabsichtigt einerseits nicht wie beim Ölfarbenanstrich ein Verschließen und einen Überzug der Poren, andererseits wird die nachteilige Wirkung von dünnen Imprägnierstofflösungen vermieden, die wieder, wenn sie auch leicht und tief eindringen, leicht entfernt werden können, da sie an der Oberfläche nur in geringen Mengen haften.

Aus dem staatlichen Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem liegt ein Prüfungsergebnis vor, wonach eine zweimal mit Enkaustin gestrichene Bruchsteinplatte nach 6, 8 und 36 Stunden gleichmäßiger Berieselung mit Wasser auf 10 g Wasseraufnahme verblieb, während eine unbehandelte gleichgroße Platte 1420 bis 1500 g aufnahm. Die auf 1 qm bezogene Wassermenge beläuft sich in diesem Falle gegenüber 42 g bei durch Enkaustin geschütztem Material auf 5690 bis 6300 g an ungeschütztem Bruchstein.

Die Verwendung von Enkaustin erfolgt auf zwei Wegen. Es wird entweder durch die Spritzpistole oder mit Bürste und Pinsel zum Auftrag gebracht. Beim Aufspritzen kommt nicht die für Lackarbeit bevorzugte Hochdruckspritzpistole, sondern nur eine Niederdruckpistole von 0,1 bis 0,2 Atm. zur Anwendung, wie sie jeder Staubsauger leistet und an ihm durch Auswechseln des Schlauches von der Saug- nach der Druckseite praktisch erfolgen kann. Während feuchte oder gar nasse Flächen nicht mit Enkaustin behandelt werden dürfen, weil dadurch

eine starke Aufhellung der Farbtöne eintritt, bleiben bei richtiger Anwendung die Anstriche nach dem Aufdrehen unverändert. Der Auftrag von verdünnten Lösungen kann ohne besondere Vorsicht mit Bürste oder Pinsel vorgenommen werden. Als andere Verarbeitung von Enkaustin sind die Enkaustin-Compoundfarben anzusehen. Es sind mit Enkaustin verschnittene Öl- und Öllackfarben. Sie werden durch vorsichtiges Zusetzen mit Enkaustin verdünnt und bis zur Aufnahme verrührt, sollen aber nur in solchen Mengen angesetzt werden, daß Reste nicht über ein- bis zwei Tage stehen bleiben. Bei mit Enkaustin versetzten Ölfarben wird ein besonders zarter, matter Anstrich erzielt, der aber im Gegensatz zu durch Verdünnungs- beziehungsweise Lösungsmittel hergestellten Mattölfarben den Mattglanz nicht durch geringere Wetterbeständigkeit erkauft.

Als dritter Weg des Oberflächen- beziehungsweise Anstrichschutzes war auf der Leipziger Messe Hydro-lack vertreten, für den jedoch wieder andere Gesichtspunkte maßgebend sind. Für ihn war nämlich Ausgangspunkt die hohe mechanische Beanspruchung der vollwertigen Anstriche an Fahrzeugen der Eisenbahnen oder Automobilindustrie. Ihre mit der Geschwindigkeit zusammenhängende Abnutzung äußert sich durch das Anschleudern von feinsten Staub- und Sandteilchen in der Wirkung wie bei einem Sandstrahlgebläse. Um derartigen Abnutzungen, denen auch der beste Anstrich auf die Dauer nicht standzuhalten vermag, einigermaßen Widerstand entgegenzusetzen, wobei Oberflächenglätte nach der einen Seite, Härte nach der andern, Elastizität nach der dritten als Vorbedingungen anzusehen sind, ist man nach mühseligen Proben und Experimenten dort angelangt, daß solche Anstriche durch verschieden übereinander aufgebrachte Schichten aufgebaut werden. Derartige komplizierte Arbeitgänge, die sich bis zur Fertigstellung des Schutzanstriches eines Reichsbahnpersonens oder Kraftwagens bis auf sieben Schichten zusammensetzen, wirken natürlich auf die Behandlung sehr vertuernd und belaufen sich unter Umständen auf 4 bis 5 RM. pro Quadratmeter Anstrich.

Die trotzdem nur begrenzte Lebensdauer, weiter gekürzt durch die Notwendigkeit besonders häufiger Reinigung und der üblichen chemischen Zersetzungs Vorgänge, wird durch die rechtzeitige Behandlung mit Hydrolack wesentlich erhöht. Man hat nämlich festgestellt, daß die Zerstörung zunächst nur die oberste, allenfalls die beiden obersten Schichten angreift und dazu immerhin zwei bis drei Jahre benötigt, allerdings mit der Gefahr, daß mit weiter zunehmender Inangriffnahme infolge der größeren Saugfähigkeit der Oberfläche auch die Zersetzung des Gesamtanstriches allmählich immer schnellere Fortschritte macht. Die zeitweise schon seit einer Reihe von Jahren angewandten Versuche, nur die angegriffene Oberfläche zu erneuern, sind bisher an den hohen Kosten, die dafür aufgewandt werden mußten, gescheitert. Nun kann dieses Bedenken mit der Verwendung eines colloidalen Anstriches wie Hydrolack zurückgestellt werden, da er an Material und Lohn bei einem normalen Reichsbahnwagen eine Gesamtaufwendung von nur etwa 10 RM. ausmacht.

Das Material — eine Lösung hochwertiger Standöle — wird nach dem Spritzverfahren aufgebracht und erzeugt eine sehr harte Schutzschicht, die gegen Kälte unempfindlich ist. Auch hier ist nur Preßluft von etwa 0,15 Atm., wie sie jeder Staubsauger erzeugt, nötig. Bei der verhältnismäßig groben Zerstäubung werden gesundheitsschädliche Nebel nicht erzeugt, und der dabei entstehende Materialverlust ist so gering, daß er praktisch nicht ins Gewicht fällt. So ist für die Behandlung und Sicherung unserer Fahrzeuganstriche eine Möglichkeit an Hand gegeben, die zu einem sehr widerstandsfähigen, leicht waschbaren Oberflächenüberzug verhilft und in unserer Zeit, die

aus Sparsamkeitsgründen gar nicht genug auf den Erhalt ihrer Sachwerte bedacht sein kann, entsprechende Beachtung verdient. Wer auf den letzten Messen versäumte, sich über diese und viele andere Fragen theoretisch und praktisch zu informieren, dem ist auf der kommenden Frühjahrsmesse erneut Gelegenheit gegeben, dies nachzuholen.

Malergewerbe und Notverordnung vom September 1932

Im allgemeinen wurde im Malergewerbe auf Grund der schlechten Geschäftslage wenig von der Anwendung der letzten Notverordnung bekannt, denn es kam nur selten vor, daß ein Malermeister Einstellungen vornehmen konnte, um dann die durch die Notverordnung genehmigte Lohnkürzung für die Löhne zwischen der 30. und 40. Arbeitsstunde durchzuführen. In einigen Fällen mögen die Arbeitgeber auch aus sozialen und Gerechtigkeitsgründen auf die Anwendung der Notverordnung verzichtet haben. Dafür, daß es aber auch Arbeitgeber gab, die von dem ihnen durch die Notverordnung zustehenden Recht rücksichtslos Gebrauch machten, erhalten wir einen Beweis aus der Filiale Braunschweig.

Der betreffende Arbeitgeber hatte einen Neubau fertigzustellen und borgte sich nun die notwendigen Arbeitskräfte von einem andern Meister. Da der Prozentsatz Neueinstellungen erreicht war, zahlte er für 6 1/2 Stunden, die über 30 Stunden gearbeitet wurde, nur 50 % des Tariflohnes.

Rechtlich war dagegen natürlich nichts einzuwenden, moralisch aber ist es nicht vertretbar, wenn der an sich schon karge Lohn durch derartige Maßnahmen noch weiter vermindert wird.

Erfreulicherweise ist es den Gewerkschaften gelungen, die Notverordnung, die einen Tarifeinbruch brachte, zu Fall zu bringen, so daß mit wenigen Zugelassenen Ausnahmen vom 1. Januar an wieder für alle Wochenarbeitsstunden der volle Tariflohn zu zahlen ist.

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Kassel. Unsere Filiale machte mit der Einrichtung von Fachkursen für die erwerbslosen Jugendlichen Berufsangehörigen die besten Erfahrungen, so daß wir allen Filialen, in denen solche Kurse noch nicht durchgeführt wurden, dringend raten können, den Versuch zu machen. Es hat sich hier gezeigt, daß das Interesse der Jugendlichen für derartige Kurse außerordentlich stark ist und bei entsprechender Leitung gute Ergebnisse der Kursarbeiten erzielt werden können. Die finanzielle Seite der Angelegenheit muß zusammen mit dem Arbeitsamt beziehungsweise mit dem Landesarbeitsamt geregelt werden. Bei genügender Begründung und dem Nachweis für eine einwandfreie Durchführung des Kurses ist damit zu rechnen, daß durch das Arbeitsamt Mittel bereitgestellt werden. Ist aber erst ein Kursus mit Erfolg durchgeführt worden, ist die Mittelbeschaffung noch weniger schwierig.

Wir haben in unsern Kursen, die vier bis fünf Wochen dauerten, die Anfertigung von Schrift-, Holzmalerei und Schleiflackarten gelehrt, auch wurden in ihnen die Fragen der modernen Raumgestaltung besprochen und den Jugendlichen nahegebracht. In der täglichen Kursdauer, die vier Stunden betrug, wurden auch Vorträge über Tarif- und Lohnfragen gehalten, daneben Besichtigungen von Gemäldegalerien, Landesmuseen, Konsumvereinsrichtungen usw. unter fachkundiger Führung vorgenommen. Auch dafür zeigten alle Teilnehmer großes Interesse.

Wiederholt wurde uns von Teilnehmern an der Schlußfeier, darunter Vertreter der Behörden und Innungen, die Anerkennung für die von uns geleistete

DAS VOLK WILL!

Von Walter Dehmel.

Du Volk, umbrandet vom Strudel der Zeit,
von der Welle der Not umspült,
du Volk, das die Last der Vergangenheit auf deinen Schultern gefühlt,
du Volk, das standhielt dem Hungertod, dem Krieg und seinen Gefahren —
merk auf, eine neue Knechtschaft droht und naht sich mit frechem Gebaren!
Die alten Mächte wollen dich knebeln wie einst,
deine Rechte dir wieder rauben.
Sie fragen nicht, was du denkst, was du meinst,
du sollst nur gehorchen und glauben.
In deinem Namen, so sagen sie dreist, sind sie befugt, jetzt zu handeln,
in Fesseln zu schlagen den freien Geist, die Staatsform umzuwandeln.
In deinem Namen? Volk, spürst du den Hehn,
den sie zur Anmaßung fügen?
So sicher fühlen die Herren sich schon, daß sie dich lächelnd betrügen.
Du Volk, das den Reich bis zur Neige geleert,
das den Mut fand zu neuem Beginnen, sprich aus das Wort, das das Netz zerstört,
das sie wieder um dich spinnen!
Sage es laut, daß es dröhnt und schallt, daß sie bebend vom Platze rennen:
„Das Volk will keine Herrngewalt, keinen neuen Zwang anerkennen!
Das Volk will sein schwer erkämpftes Recht,
es will keine neuen Ketten!
Es will keinen Herrn, es will keinen Knecht,
es will sich selber erretten!
Das Volk will nicht Prinzen, nicht Potentaten,
es will kein feudales Aufgebot!
Das Volk will selbst entscheiden, beraten!
Das Volk will
FREIHEIT, ARBEIT, BROTT!“

Arbeit und die vorzüglichen Ergebnisse unserer Bemühungen ausgesprochen.

Die Schlußfolgerungen, die wir aus dieser Betreuungsarbeit ziehen, sind folgende:

1. Man führt die Jugendlichen einer sie stark interessierenden Tätigkeit zu, entzieht sie der Straße und damit den sie stark umgebenden demoralisierenden Einflüssen.
 2. Man bereichert ihr geistiges und fachliches Wissen und Können.
 3. Man weckt in ihnen das Vertrauen zur Gewerkschaft. Sie sehen, daß sich die Gewerkschaften um ihr Fortkommen bemühen.
- Wieweit die Filialen noch Zuschüsse zur Durchführung der Kurse leisten müssen, wird ganz von den örtlichen Verhältnissen abhängen, doch ist mit einem Drittel der vom Arbeitsamt zur Verfügung gestellten Summe zu rechnen.
K. Pr. u. B.

BAUGEWERBLICHES

Die billigste vorstädtische Kleinsiedlung

Vom Baugewerksbund wurde schon des öfters auf die Tatsache hingewiesen, daß die Ausführung der vorstädtischen Kleinsiedlung durch tariflich entlohnte Arbeitskräfte billiger ist, als ihre Errichtung durch die Selbsthilfe der Siedler. Eine Untersuchung des Verbandes sozialer Baubetriebe hat die Richtigkeit dieser Auffassung ergeben.

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Herrn Reichskommissar Dr. Saaben sowie Vertretern des Deutschen Baugewerksbundes und des Verbandes sozialer Baubetriebe wurden von der Bauhütte Berlin in Berlin-Buckow zwei Musterhäusern von tariflich entlohnerten Arbeitern ausgeführt, ihre Kosten auf Grund genauester Bauvorrechnung, Bauberichterstattung und Nachrechnung ermittelt und mit den Kosten verglichen, die sich bei dem Bau der übrigen Siedlungshäuser nach

MÖNATLICH NUR **50** ₰
KOSTET DAS
**TACHBLATT FÜR
MALER**
den Verbandmitgliedern

- JEDES HEFT ENTHÄLT:
1. 20 SEITEN TEXT IN KUNSTDRUCK
 2. FÜNF FARBIGE VORLAGEN
 3. ZEHN BIS FÜNFZEHN MODERNE ENTWÜRFE
 4. AUFSÄTZE ÜB. FACHTECHNIKEN, MATERIALKUNDLICHES UND BERUFSWIRTSCHAFTLICHES
 5. KOSTENLOSE AUSKUNFT IN FACHLICH. FRAGEN
- PROBEHEFTE UND BESTELLUNGEN BEI DEN FILIALVERWALTUNGEN

den Richtlinien des Reichskommissars unter Einschaltung der Siedler selbsthilfe ergaben. Das Ergebnis wurde in Heft 23/24 der Zeitschrift „Bauen, Siedeln, Wohnen“ veröffentlicht. Die bis in die kleinsten Einzelheiten gehenden Kostenaufstellungen führen den schlüssigen Nachweis, daß die Aufwendungen für die Ausführung eines Siedlerhauses mit tariflich entlohnten Arbeitern im Durchschnitt niedriger sind, als bei Ausführung des gleichen Hauses nach den Richtlinien des Reichskommissars bei Einschaltung der Siedler selbsthilfe. Dazu muß noch berücksichtigt werden, daß bei Vergabe der Arbeit an Baubetriebe ihre raschere und fachgemäßere Durchführung und eine Entlastung der Verwaltungen von Staat, Stadt und Siedlungsträgern gewährleistet ist.

Bei dieser einwandfrei dargestellten Sachlage und angesichts der weiteren Tatsache, daß zur Ingangsetzung der Wirtschaft in erster Linie die Bauwirtschaft berufen ist und deshalb zu ihrer Belebung im Interesse der Gesamtwirtschaft alle nur möglichen Maßnahmen getroffen und alle hemmenden Maßnahmen ausgeschaltet werden müssen, sollte sich das Reich entschließen, die vorstädtischen Kleinsiedlungen grundsätzlich durch tariflich entlohnte Arbeiter ausführen zu lassen. Sie würde damit auch zur Ankurbelung der Wirtschaft beitragen.

SOZIALPOLITIK

Weißer Raben

In dem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes an die vorbereitende Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung werden auch Stimmen von Industrieführern zur Frage der Arbeitszeitverkürzung veröffentlicht. So sagte der bekannte Industrielle Robert Bosch: „Es dürfte nicht notwendig sein, bei den heutigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes noch langatmig darzulegen, daß bei den Produktionsmitteln und Methoden, die uns zur Zeit zu Gebote stehen, eine Beschäftigungsmöglichkeit für alle Arbeitsfähigen und in allen Berufen nie mehr möglich sein wird, wenn man die tägliche Arbeitszeit nicht herabsetzt. Man wird anstatt der heute üblichen acht Stunden nur noch vielleicht sechs Stunden täglicher Arbeitszeit ansetzen müssen.“

Der Präsident der Fiat-Werke in Turin, Senator Agnelli, äußerte sich wie folgt: „Bis jetzt verfolgte der technische Fortschritt — Mechanisierung und Rationalisierung — das Ziel, die Höchstmenge mit einem Mindestaufwand von Arbeit zu erzeugen, ohne Rücksicht auf die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit. Dieses Ziel muß dahin geändert werden, daß die Höchstmenge in der kürzestmöglichen Zeit erzeugt werden soll, wobei die Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter, und nicht die Zahl der beschäftigten Arbeiter, zu verringern ist. In andern Worten: der technische Fortschritt darf nicht zu einer Zerstörung der Beschäftigungsmöglichkeiten führen.“

Margarine-Gesetz

Die Regierung will der Landwirtschaft helfen. Deshalb verordnet sie, daß künftig der Margarine Butter zugesetzt werden muß, um die Butterpreise hochzuhalten. Es sollen 15 000 t Butter jährlich für die Margarinefabrikation in Betracht kommen. Die Butter ist aber teurer als die sonstigen Rohprodukte für die Margarineerzeugung; deshalb ist anzunehmen, daß sich durch die Beimischung die Margarinepreise erhöhen, auch wenn das nicht der Wille der Reichsregierung ist. Die Gewerkschaften haben daher bei der Regierung schärfsten Einspruch gegen diese Maßnahmen erhoben, da durch die Erhöhung der Margarinepreise wiederum besonders die Arbeiterschaft betroffen würde.

Interessant ist, daß auch der Margarineverband in einer längeren Erklärung in der Tagespresse scharf von den beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung abrückt, wobei er

darauf hinweist, daß die Margarine durch den Beimischungszwang unbedingt verteuert wird und das Problem der Butterbeimischung für Deutschland in technischer Beziehung keinesfalls gelöst ist.

Zuzug ist fernzuhalten.

Es gibt keinen Beruf, den man nicht als überfüllt bezeichnen kann. Aber es geht wohl zu weit, wenn die Rechtsanwaltskammer den Beschluß faßt, vom Staat eine mehrjährige Sperre ihres Berufs zu verlangen. Dadurch wird erreicht, daß die Not des Rechtsanwaltsstandes hauptsächlich auf den Nachwuchs abgeschoben wird. Rechtsanwälte, Aerzte und andere freie Berufe waren bisher stolz auf ihre Freiheit und wiesen staatliche Hilfe weit von sich. Jetzt sind auch sie zu der Ansicht gelangt, daß der allmächtige Vater Staat einzugreifen hat.

BUNTE NACHRICHTEN

Hitler, der neue Messias

Die „Billstedter Zeitung“ Nummer 154 vom 24. Dezember 1932 berichtete von einer nationalsozialistischen Weihnachtsfeier. Die bei dieser Gelegenheit gehaltene Festrede wird folgendermaßen wiedergegeben: „Er (Pg. Streib) schilderte die Not, die um Christi Geburt geherrscht habe. Die Juden und Pharisäer hätten damals das Volk geknechtet, da sei aus dem Volke der Messias geboren, der das Volk befreite. Heute, nach 2000 Jahren, knechteten wieder Juden und Judensöldlinge das Volk. Aber unser, auch aus dem Volke geborener Messias, Adolf Hitler, würde bald der Knechtschaft ein Ende bereiten. Das deutsche Volk kann dann wieder aufatmen.“ Hitler als neuer Messias — höher geht's nicht mehr.

Auf dem gleichen Niveau steht eine Erklärung des Bannführers der Berliner Hitlerjugend im „Völkischen Beobachter“, durch die angeordnet wird, daß aus Anlaß der Ermordung des 16-jährigen Hitlerjungen Walter Magnitz sämtliche Fahnen und Wimpel so lange mit Trauerflor zu versehen seien, bis Adolf Hitler Führer des Deutschen Reiches sei und die ermordeten Kameraden gerächt seien.

Alles für die Jugend!

Der letzte Reichspoftag für die Jugendherbergen brachte in Deutschland 162 000 M ein. Mehr als ein Viertel dieser Summe, nämlich 47 000 M, wurden allein im Freistaate Sachsen zusammengetragen. Damit brachte Sachsen verhältnismäßig das meiste für die Jugend auf. Und die Großstadt, die den größten Sammelerfolg hatte, liegt ebenfalls in Sachsen. Dresden brachte nämlich an diesem einen Tage 12 000 M für die Jugendherbergen zusammen. Die Sachsen scheinen doch wirklich „helle“ zu sein!

POLITIK DER WOCHE

Fememorde

Wiederholt sind Morde, die von Nationalsozialisten an Gesinnungsgenossen ausgeführt wurden, zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt. In jedem Falle war man entsetzt über die Brutalität, mit der jene Morde ausgeführt wurden. Auch der letzte grauenhafte Mord, der sich in Dresden ereignete, zeugt von einer nicht mehr zu überbietenden Roheit der Täter, die sich ihrer Verhaftung vorläufig durch die Flucht ins Ausland — sie sollen sich in Italien aufhalten — entzogen haben.

Der ermordete Hentsch, am 25. April 1906 in Dresden geboren, wurde erschossen, die Beine wurden zusammengebunden, der Körper in Säcke gehüllt, mit Steinen beschwert und dann in eine Talsperre geworfen. Nur dem Zufall, daß sich der Wasserspiegel erheblich senkte, war es zuzuschreiben, daß der Leichnam hier nach fast zwei Monaten entdeckt wurde.

Diese verabscheuungswürdige Tat zeigt wieder einmal das wahre Ge-

sicht der nach dem früheren Reichskanzler v. Papen aufbauwilligen Kräfte in Deutschland.

Stimmen zu Adolfs Aufstieg

Verschiedene französische Blätter beschäftigen sich in ihren Neujahrsbetrachtungen mit dem Auf- und Abstieg des Nationalsozialismus im vergangenen Jahr. Das radikale „Oeuvre“ gibt unter der Überschrift „Das erbärmliche Ende des Hitlerismus“ folgendes Charakterbild von dem „Führer“:

„Diesem heftigen Menschen fehlte es an Mut. Er besaß weder in seinen Entschlüssen, noch in seinen Handlungen die notwendige Beständigkeit. Er war niemals seiner selbst sicher. Von dem Tag an, an dem er mit der Regierung verhandelte, war er verloren. Gegenüber dem alten Marschall Hindenburg war er nur der Maler Hitler. Er gab sich selbst auf und brachte selbst seinen Glorienschein zum Erlöschen. Aber schon hatten seine Leutnants verstanden, daß man ihn zum Narren gehalten hatte. Der Rücktritt seines Getreuen Gregor Strasser war das Signal zum Abfall. Auf allen Seiten bekommt das braune Haus Risse. Die Fundamente weichen, die Mauern wanken, der Dachstuhl droht zusammenzubrechen. Wenn von Schleicher heute den Reichstag auflöst, wird die nationalsozialistische Fraktion in der neuen Versammlung nur noch ein Schatten sein. Den einzigen Aufstieg, den Hitler noch erhoffen kann, ist der Aufstieg auf ein Gerüst mit Pinsel und Farbtöpf in der Hand.“

Wozu bemerkt sei, daß auch das Letztere kaum noch in Frage kommen dürfte. Bei dem „hohen Ansehen“, das der „große“ Adolf bei wohl 99% unserer Kollegen genießt, würde er bestimmt auf eine „liebevolle“ Aufnahme in den Reihen seiner früheren Fachkollegen rechnen können. Und zu seinem Aufstieg aufs Gerüst sei uns gestattet, an einen bekannten Schlagertext zu erinnern, in dem es heißt: „Rauf, ja, das kommt er, aber wie kommt er runter?“

Krieg im Fernen Osten

Da streiten sich nun die Vertreter der Nationen wegen der Abrüstung herum, und derweil gehen die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Japan und China lustig weiter. Japan schert sich den Teufel um schöne Ratschläge und ernste Ermahnungen in Genf, schafft dafür aber um so mehr Tatsachen durch sein Militär. So wurde vor wenigen Tagen die chinesische Stadt Schanghai an einem wichtigen Knotenpunkt auf dem Wege nach Peking, nach heftigen Kämpfen eingenommen. Jetzt soll die chinesische Regierung beschlossen haben, 300 000 Mann zu mobilisieren, um ein weiteres Vordringen der Japaner zu verhindern.

Die „tapferen“ Nazis

Die nationalsozialistische Führerbekämpfung, die am 3. Januar in München tagte, soll grundsätzlich für den Kampf unter der Devise: „Weg mit Schleicher“ sein. Aber man ist sehr vorsichtig geworden. Es verlautet nämlich, daß sich die Führer einig geworden seien, sich das Gesetz des Handelns oder einen Termin für den Wahlkampf weder von der Linken noch der Regierung vorschreiben zu lassen.

Das hört sich recht tapfer an, ist aber in Wirklichkeit ein Zeichen der Schwäche. Es kommt darin die heillose Angst der Naziführer vor einer Neuwahl kraß zum Ausdruck.

FACHLITERATUR

„Malerjugend“ Nr. 1

In der gewohnten Art und Aufmachung und mit denselben grundlegenden Zielen und Aufgaben tritt die Jugendzeitschrift unseres Verbandes, die „Malerjugend“, mit vorliegender neuester Nummer in einen neuen, den 14. Jahrgang. Es wird im Leitartikel aus Anlaß des Beginns eines neuen Jahres vom Wichtigsten und Notwendigsten ge-

sprochen, das unsern organisierten Jungkollegen als Aufgabe gegeben ist — eigentlich ist es nichts besonders Neues, und doch muß es immer wieder gesagt werden. In diszipliniert-dichtersprachlicher Sprache variiert Victor Kalinowski das Thema: Situation, Haltung und Aufgabe der Arbeiterjugend in seinem Gedicht „Jugend 1933“.

Auf fachlichem Gebiet bringt die neue Nummer einen Artikel über Schleiflack und Seidenglanzlackierung, worin der Arbeitsprozeß auf neuester technischer Grundlage präzise dargestellt ist. Fachliche Anregungen geben auch zwei Klischees: ein Wandkalenderentwurf von Mollowitz und eine Wandfüllung von Oiderock. Unterhaltende Belehrung bietet Kollege Böttcher mit seiner Erzählung von dem blauen und dem roten Heinrich, deren Held aber eigentlich „de lüttje Hein“ ist. Auch für Humor ist gesorgt mit einer erzgebirgischen Schnurre und einer Scherzzeichnung des Kollegen Englert: „Die Sorge um des Meisters Eigentum.“ Auf Interesse dürfte auch die Ausschreibung eines Wettbewerbs um den Entwurf eines Bezirkswimpels durch den Verbandsvorstand bei den jugendlichen Lesern stoßen. — Hervorhebenswert sind noch einige Abbildungen, die einen beredten Einblick in Erwerbslosenkurse unseres Verbandes geben. Auch aus den einzelnen Abteilungen wird wieder berichtet.

BÜCHER • SCHRIFTEN

Neues Jahr — neues Schaffen! Unter diesem Kennwort bringt das Januarheft der illustrierten Monatszeitschrift „Die Büchergilde“ die Anzeile und ausführliche Besprechung von drei Neuerscheinungen: „Die salzige Taufe“, „Wehe den Besiegten!“ und „Wie ich sie wiedersah“.

Mit diesen drei neuen Büchern beweist die Büchergilde Gutenberg, daß sie auch im neuen Jahre den vielseitigen Wünschen ihrer Mitglieder Rechnung trägt.

Der Große Brockhaus, Band 13 (Me bis Ost), ist erschienen. In Leinen gebunden kostet der Band 23,40 M. bei Rückgabe eines alten Lexikons nach den festgesetzten Bedingungen 21,15 M.

Band 13 schließt sich würdig den bisher schon erschienenen 12 Bänden an. Aufmachung und Druck auch der farbigen Tafeln ist erstklassig. Der Große Brockhaus beantwortet alle Fragen. Aus dem vielen, was der Band 13 bietet, seien einige genannt: Was ist Nährgeldwert? Wieviel Neger wohnen in Nordamerika? Welche Kostenersparnisse werden durch Normung erzielt? Wann kann von Mundraub gesprochen werden? Wieviel Nährstoffe braucht ein erwachsener Mensch? Wie lege ich mir eine Orchideenzucht an? Muß Deutschland Obst einführen? Was denkt die moderne Gesetzgebung über Mutterschutz? Welche kulturelle Arbeit haben wir Deutschen durch die ostdeutsche Kolonisation geleistet? — Natürlich kann der flüchtige Querschnitt den ungeheuer reichen Inhalt dieses Bandes nur andeuten.

„So kommen wir zum Sozialismus“ betitelt sich die neue Broschüre von Decker, erschienen im Dietz-Verlag, Berlin. Preis 10 ⚡.

Neuerdings machen sich Unternehmer das Bebelwort „Ohne Profit raucht kein Schornstein“ zunutze, um damit die Unentbehrlichkeit des privaten Profits zu dokumentieren. Es ist gut, daß jetzt Georg Decker, dessen ausgezeichnete aktuelle Aufsätze in der „Gesellschaft“ viel beachtet werden, eine grundlegende Darstellung der Profitwirtschaft in ihrem gegenwärtigen Stadium gibt und die Vorschläge der Sozialdemokratie zum Umbau der Wirtschaft erläutert.

Vom 8. Januar bis 14. Januar ist die 2. Beitragswoche.

Vom 15. Januar bis 21. Januar ist die 3. Beitragswoche.

STERBETAFEL

Bamberg. An einem Schlaganfall starb unser treuer Kollege Josef Zink, geboren am 4. Juni 1910.

Hamburg. Unser langjähriges Mitglied, der Kollege Hermann Märtens, starb am 31. Dezember 1932 im Alter von 60 Jahren. — Am 31. Dezember 1932 starb unser Kollege Heinrich von der Ohe im Alter von 62 Jahren.

Kottbus. Nach plötzlicher Erkrankung starb am 29. Dezember 1932 unser Kassierer, der Kollege Ernst Buder, im Alter von 38 Jahren.